

Bereich 32 - Ordnung
Kunz, Andrea

Datum:
04.01.2021

Antrag

Beschließendes Gremium:
Verkehrsausschuss

Antrag: Mobilitätsgrundsatzausschuss (Antrag der FDP-Fraktion vom 18.12.2020, eingegangen am 18.12.2020)

Beratungsfolge:

Öffentl. Status	Sitzungs- datum	Gremium
Ö	27.01.2021	Verkehrsausschuss

Sachverhalt:

Siehe Antrag: Mobilitätsgrundsatzausschuss (Antrag der FDP-Fraktion vom 18.12.2020, eingegangen am 18.12.2020)

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten (in €)

a) für die Erarbeitung der Vorlage: **siehe Stellungnahme der Verwaltung**

aa) Vorbereitende Kosten, z.B. Ausschreibungen, Ortstermine, etc.

b) für die Umsetzung der Maßnahmen:

c) an Folgekosten:

d) Haushaltsrechtlich gesichert:

Ja

Nein

Teilhaushalt / Kostenstelle:

Produkt / Kostenträger:

Haushaltsjahr:

e) mögliche Einnahmen:

Anlage/n:

Antrag

Stellungnahme der Verwaltung

Beratungsergebnis:

	Sitzung am	TOP	Ein- stimmig	Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltun- gen	lt. Be- schluss- vorschlag	abweichende(r) Empf /Beschluss	Unterschr. des Proto- kollf.
1							
2							
3							
4							

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:

DEZERNAT III

Fachbereich 3b - Ordnung, Umwelt, Nachhaltigkeit und Mobilität

Eingang 18.12.2020, 13⁴⁴ Uhr

**Freie
Demokraten**

Lüneburg **FDP**

Freie Demokratische Partei
Marie-Curie-Str. 12 - 21337 Lüneburg

Frank Soldan
frank.soldan@fdp-lueneburg.de
Tel.: 0172 4304242

Herrn
Oberbürgermeister Mäde
- Rathaus -

21335 Lüneburg

Alt 78/12

Lüneburg, den 18.12.2020

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mäde,

zur nächsten Verkehrsausschuss-Sitzung am 21. Januar 2021 stellen wir folgenden Antrag:

Die Mitglieder des Verkehrsausschusses mögen beschließen:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg wird aufgefordert, in den laut Finanzvertrag mit dem Landkreis zu gründenden Mobilitätsgrundsatzausschuss von jeder im Rat der Hansestadt Lüneburg vertretenen Fraktionen bzw. Gruppen je einen Vertreter zu entsenden.

Die Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen



für die Fraktion
Frank Soldan

01R

ü b e r

Herrn Oberbürgermeister Mädge

Antrag der FDP-Fraktion vom 18.12.2020 zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 27.01.2021

Besetzung des Mobilitätsgrundsatzsausschusses

Stellungnahme der Verwaltung

Der am 18.12.2020 zwischen dem Landkreis Lüneburg und der Hansestadt Lüneburg abgeschlossene Finanzvertrag 2020 – 2029 sieht unter Nr. 2 der Protokollnotiz in Bezug auf die Mobilitätsaufgaben vor, dass zur Entwicklung und Umsetzung zukunftsorientierter Verkehrskonzepte ein gemeinsamer „Mobilitätsgrundsatzsausschuss“ eingerichtet wird.

Die Antragstellerin beabsichtigt, einen Beschluss des Verkehrsausschusses herbeizuführen, nachdem in diesen Mobilitätsgrundsatzsausschuss je 1 Vertreter der im Rat der Hansestadt Lüneburg vertretenen Fraktionen bzw. Gruppen entsendet wird.

Am 15.01.2021 hat ein Austausch mit dem Landkreis Lüneburg stattgefunden, in dem die weitere Vorgehensweise zur Umsetzung des Finanzvertrages abgestimmt wurde. Hierbei wurde der Landkreis über einen in den städtischen Verkehrsausschuss eingebrachten Antrag informiert, der zum Ziel hat, dass die Hansestadt Lüneburg je einen Vertreter der im Rat der Hansestadt Lüneburg vertretenen Fraktionen bzw. Gruppen in den Mobilitätsgrundsatzsausschuss entsenden wird.

Der Landkreis hat bestätigt, dass es identische politische Vorstellungen auf Landkreisebene gibt.

Die Verwaltung gibt zu bedenken geben, dass bei einer spiegelbildlichen Besetzung des Mobilitätsgrundsatzsausschusses auf Stadt- und Landkreisseite allein 12 Mandatsträger dem Gremium angehören würden. Hinzu kämen u. U. eine Reihe von beratenden Mitgliedern, die ähnlich der Besetzung des städtischen Verkehrsausschusses eine gewisse fachliche Bandbreite abdecken müssten. Schließlich bedarf es der Teilnahme von Verwaltungsmitarbeiterinnen und –mitarbeitern auf Landkreis- und Stadtseite.

Bei der sich so zahlenmäßig abzeichnenden Besetzung des Mobilitätsgrundsatzsausschusses darf die Arbeitsfähigkeit des Gremiums zumindest infrage gestellt werden (4 Abgeordnete Landkreis/4 Abgeordnete Stadt). Aus Sicht der Verwaltung sollte unter Effizienzgesichtspunkten eine kleinere Gremiengröße angestrebt werden, die die politischen Mehrheitsverhältnisse in Kreistag und Rat berücksichtigt und damit auch angemessen auf sich künftig ändernde Mehrheitsverhältnisse Rücksicht nimmt.

Kosten für die Erarbeitung der Stellungnahme: 66,00 €

Im Original gezeichnet

Moßmann